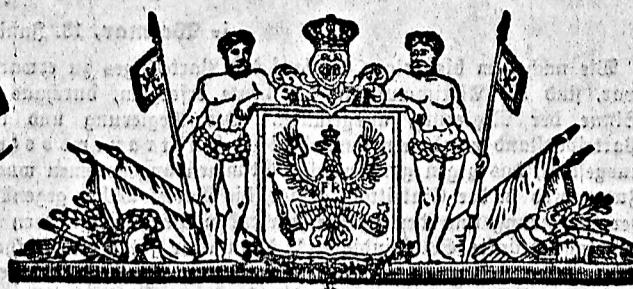


Börsische Zeitung

Begründet



Berlin

Zeitung

Freitag, 13. Juni 1919

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bedingungen und Angelegenheiten, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion
(mit Annahme des Handelssteils): H. Bachmann in Berlin

* Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22:26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 21 800
11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

1704

Japans Eintritt in den Viererrat.

Die Teilnahme Makinos.

Drahtmeldung der "Börsischen Zeitung".

* Versailles, 13. Juni.

Die Antwort der Entente auf die deutsche Denkschrift ist abermals verschoben worden.

Die amerikanischen Blätter, so insbesondere die "Chicago Tribune" und der "New York Herald" teilen als Grund des Ausschusses die Tatsache mit, daß seit gestern der Viererrat in einen fünfer-Rat umgewandelt worden ist. Auf Grund des Protests Japans wird nun der japanische Gesandte Baron Makino in den Viererrat eintreten und mit gleichen Rechten an den entscheidenden Abstimmungen teilnehmen. Der nachträgliche Eintritt Japans erfordert aber eine neue Fassung der ganzen Antwort, um Japans Zustimmung zu erhalten.

Über den Inhalt der Antwort wird heute nichts gesagt. Eine Meldung des "New York Herald" über Oberstleutnant ist in ihrem wesentlichen Teil von der Censur gestrichen. Aus der Ueberchrift scheint hervorzugehen, daß Oberstleutnant bis zur Beendigung der Volksabstimmung bei Deutschland bleibt. Gegen die Volksabstimmung machen die Polen sehr heftige Einwände.

Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich gestern bei der Feststellung der ungarischen Grenze, die von Kramarsch für Böhmen und von Bratianu für Rumänien noch nicht anerkannt worden ist. Beide Minister bezeichnen diese Grenze als unannehmbar. Bratianu erklärt, daß er erst nach Bukarest fahren müsse und ohne Zustimmung des Parlaments den Vorschlag der Entente nicht annehmen könne. Sehr unsfriedig scheint auch Italien zu sein. Orlando ist gestern abend wieder nach Rom abgereist, weil, wie der "Matin" sich ausdrückt, ihm in Paris nichts mehr halte, während in Italien alles nach ihm ruft. Die Stimme in Italien soll äußerst erbittert sein. Aber Italien ist nicht das einzige unzufriedene Land. Auch in Belgien herrscht große Unzufriedenheit, wie aus den gestrigen belgischen Blättern erwovreht. Während in Holland auf die Mitteilung des Ministers Kornbeek die Abtretung des linken Scheldewaters und Limburgs nicht mehr in Frage kommt und ein Sturm von Glückwunschtelegrammen an die Königin und Kornbeek eingesetzt hat, hatte der belgische Ministerpräsident Symans in der belgischen Kammer einen sehr schlechten Tag. Die ausweichende Formel, die er vorbrachte, daß die Beratungen über die Rendition der Verträge von 1880 erst in ihrem Anfang stünden, hatte keinen Erfolg.

Versailles, 12. Juni. (W. T. B.)

Wie das "Journal" mitteilt, wird die Entente Deutschland bekanntgeben, daß sie gewillt sei, jeglichen Rat Deutschlands, der die schnelle Feststellung des Schadenersatzes erleichtern wolle, anzunehmen.

Der Friedensvertrag in England.

Drahtmeldung.

Amsterdam, 12. Juni. (W. T. B.)

Der sozialistische Londoner "Daily Herald" meldet, daß er in den Besitz des vollständigen Textes des Friedensvertrages mit Deutschland, der bisher geheim gehalten wurde, gelangt ist.

Einigkeit der französischen Arbeiter.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Versailles, 13. Juni.

Wie der "Populaire" meldet, haben die Abordnung des Vollzugsausschusses der sozialistischen Partei Frankreichs und der Verwaltungsausschuß der Confédération Générale du Travail nach zweitägigen Unterhandlungen heute die Lageordnung angenommen, in der sie erklären, daß unter voller Wahrung unantastbarer Selbständigkeit und Unabhängigkeit jeder der beiden Organisationen eine durch die Lage gebotene Parallelaktion von beiden Organisationen geführt werden soll. Besonders im Hinblick auf die bevorstehende Konferenz französischer, italienischer, englischer und belgischer Arbeiterorganisationen werde die französische sozialistische Parteidoktrin gemeinsam mit verschiedenen Vertretern der Länder der Internationale Kundgebungen veranstalten.

Die "Liberté" meldet, daß die Abordnung des Transportarbeiterverbandes Clemenceau über die Gründe und Ursachen der Ausstände und der Arbeiterbewegung unterrichten wird. Die Ausstände dauern unverändert fort. Der "Populaire"

glaubt, daß die französische Regierung einen Politikstreit vorbereitet, warnt die Arbeiterschaft vor Lockspielen und verdeckten Agenten und fordert sie zur Kaltblütigkeit auf.

Vor Überreichung der Entente-Antwort

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, besagen die Nachrichten aus Versailles, daß die Überreichung der Entente-Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge heute abend oder spätestens morgen früh zu erwarten ist.

Gegenüber neu aufgetauchten Vermutungen wird nochmals versichert, daß die Auffassung des Kabinetts über die Stellungnahme zu den Friedensfragen völlig einheitlich ist, und daß man nach wie vor auf dem Standpunkt steht, die Ententebedingungen könnten weder in ihrer ursprünglichen, noch in einer durch verengte Interessen leicht abgemilderten Form angenommen werden.

Versailles, 13. Juni. (W. T. B.)

Wie der "Matin" meldet, ist man augenblicklich mit der endgültigen Auffassung der Antwort auf den deutschen Gegenvorschlag beschäftigt. Es wurde ein Ausschuß zur Revidierung des Textes ernannt, der aus einem Franzosen (Cardeau), einem Engländer, einem Amerikaner und einem Italiener besteht. Die Fertigstellung des Wortlautes ist für heute oder morgen zu erwarten. Die Antwort, die etwa 50 bis 60 Seiten umfaßt, muß gedruckt werden, so daß die Überreichung, dem "Matin" zufolge, erst Sonntag abend oder Montag vormittag erfolgen kann. Die übrigen Blätter sprechen immer noch von heute abend oder Sonnabend als Zeitpunkt der Überreichung.

Ministerberatungen in Weimar.

Den P. P. N. wird aus Weimar gemeldet: Die führenden Minister der Einzelstaaten sind telegraphisch nach Weimar berufen und zum Teil bereits eingetroffen, um mit der Reichsregierung über die Antwort der Entente zu beraten.

* Versailles, 13. Juni.

Sobald die Antwort überreicht ist, reisen Graf Brodorff-Manhau und die übrigen vier noch anwesenden Delegierten mit einigen Sachverständigen nach Weimar. Der Rest der Delegierten und die Pressvertreter bleiben in Versailles.

Rücktritt des Präsidenten der National City Bank.

Drahtmeldung der "Börsischen Zeitung".

* Zürich, 12. Juni.

Großes Aufsehen erregt hier die Nachricht von dem plötzlichen unerwarteten Rücktritt des Präsidenten Vanderlip von der New Yorker National City Bank. Der Rücktritt hängt anscheinend zusammen mit dem Entwurf des Friedensvertrages, dessen finanzielle Bestimmungen Vanderlip beläuft.

Mr. Vanderlip, der langjährige Präsident der National City Bank, nimmt in der amerikanischen Hochfinanz eine ganz hervorragende Stellung ein. Daß sein Rücktritt mit politischen Differenzen in der Friedensfrage zusammenhängt, erscheint insowein als glaubhaft als Mr. Vanderlip schon vor der Veröffentlichung der Friedensbedingungen in einem Bericht seiner Bank sehr nachdrücklich darauf hingewiesen hat, daß er die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit Deutschlands im Interesse der Weltwirtschaft für notwendig hält.

General Haller an der tschechischen Front.

Drahtmeldung der "Börsischen Zeitung".

* Wien, 12. Juni.

Wie die "Gazeta Warszawska" meldet, stehen die russischen polnischen Truppen in der Nähe von Tarnopol und haben die östgalizische Grenze bereits überschritten. Nach einer Meldung aus Lemberg ist General Haller dort eingetroffen.

Schlepp-Minister.

Von

Georg Bernhard.

Reichsministerpräsident Scheidemann hat sich gestern auf dem Weimarer Parteitag der Wehrheitssozialdemokratie den Preis für Originalitätsleistungen erzielt. Vor ihm hat noch niemals ein Kanzler des Reiches ähnlich vor der Deutscherlichkeit gesprochen. Hoffentlich wird es auch nie wieder einer tun. Denn schließlich muß zwischen den Sleden von Ministerbänken und dem Jargon der Goße durch wohl auch im neuen Deutschland ein Unterschied bleiben. Es ist nur bedauerlich, daß mehrheitssozialistische Delegierte aus allen Gauen Deutschlands das Unwürdige der Situation, in die ihr eigener Vertrauensmann in der Regierung die mehrheitssozialistische Partei und darüber hinaus das Deutsche Reich gebracht hat, so wenig erkannten, daß sie blosen Sinnlosen Wutanbruch noch Beifall schenken.

Wer schimpft, hat unrecht. Es gibt tatsächlich keinen stärkeren Beweis für die unhaltbare Schwäche der Reichsregierung, als die dauernde Neigung zu feiernden Cyzissen, die insbesondere bei den mehrheitssozialistischen Ministern Scheidemann und David immer wieder durchdringt. Jede unebene Lage, in die sie sich durch ihre falsche Politik und ihre dauernde Untätigkeit versetzt sehen, versuchen sie nicht durch Korrekturen und Taten, sondern durch lautes Gekreisch zu meistern. Ob es die Staatsmänner der Entente sind, von denen sie günstige Friedensbedingungen zu trachten suchen, oder ob es sich um unebene Parteigenossen oder um gegnerische Politiker handelt, das ist ihnen ganz gleichgültig. Ihnen allen gegenüber wird die geistige Widerlegung durch die Kraft der Lunge erscheint. Die augenblickliche Wirkung auf irgend eine mehr oder weniger zufällig zusammengesetzte Zuhörerschaft gibt den Ausschlag, unbekümmert darum, welche Folgen für die Zukunft entstehen. Ein auch nur ähnliches Maß von Verantwortungslosigkeit ward bei deutschen Ministern nie-mals gesehen.

Kennzeichnend für die Sucht, den politischen Gegner in der öffentlichen Achtung herabzusetzen, sind insbesondere die "Enthüllungen" über das Verhalten des Vorsitzenden des Centralrates Max Cohen gewesen. Es handelt sich hier um einen Manu, der sich allerdings nie gescheut hat, überall, wo er zu Wort kam, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Auch gestern hat Cohen in seiner Rede auf dem Parteitag sich den denksbar größten Sachlichkeit und Zurückhaltung befleißigt. Als Antwort darauf teilte Scheidemann mit, daß Cohen im Oktober beim Unterstaatssekretär Wahnschaffe in der Reichskanzlei wenigstens die Einführung des preußischen Klassewahlrechts durch ein einigermaßen verständiges Pluralwahlrecht zu erreichen versuchte. Der Ministerpräsident behauptete, er sowohl als der jetzige Reichspräsident hätten sich kaum enthalten können, Herrn Cohen die Tür zu weisen. Es ist ganz unverständlich, daß Scheidemann mit diesem Entrüstungskluff auf dem Parteitag Erfolg haben konnte. Denn ein paar Mitglieder des Parteitages hätten sich doch wenigstens daran erinnern müssen, daß in der damaligen Zeit und noch lange während des ferneren Verlaufs des Krieges Scheidemann, der der mächtigste Parteiführer in Deutschland war, darauf verzichtet hat, um beim Reichsanzler Bethmann Hollweg eine Änderung des preußischen Wahlrechts durchzusetzen. Cohen hat also in Wirklichkeit gar nicht weniger, sondern mehr verlangt als Scheidemann damals bat. Man kann die politischen Motive vollkommen billigen, die damals viele linksstehende Politiker (vielleicht unter ihnen auch Herrn Scheidemann) veranlaßten, im Interesse der deutschen Einigkeit, zunächst in der Frage der Wahlrechtsänderung klein beizugeben. Aber es ist doch eine unerhörte Demagogie, einen Reichstagabgeordneten, der es mit der Wahlrechtsänderung eilig hat, zu müssen glaubte, und der den Versuch machte, wenigstens sofort eine Abschlagszahlung durchzusetzen, jetzt reaktionärer Bestimmung zu verächtigen.

Ahnlich mit der Wahrheit auf dem Kriegsfuß stand fast alles andere, was die Minister Scheidemann und David zur Verteidigung ihrer Politik vorgebracht haben. Es ist geradezu lächerlich, wenn der Abgeordnete David sich jetzt einen demokratischen Politik in den östlichen Randstaaten röhmt.